

Brigitte Wolf
Bundestagskandidatin im Wahlkreis München Ost

Sozialpolitische Forderungen der Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege München an die Bundespolitik für die nächste Legislaturperiode 2017 - 2021

Sehr geehrter Herr Huber,
sehr geehrter Herr Wilke,

im Folgenden schicke ich Ihnen meine Antworten auf Ihre Forderungen an den nächsten Bundestag. Bitte entschuldigen Sie, wenn ich einiges auch aus Sicht der Münchner Kommunalpolitik beantworte, denn dort bin ich hauptsächlich politisch aktiv.

Mit freundlichen Grüßen,
Brigitte Wolf

1) Teilhabe durch Arbeit und Beschäftigung

- **Die Ermöglichung von Teilhabe durch Arbeit und Beschäftigung für alle Menschen, die in München leben**
- **Einführung angemessener, bürokratiearmer Instrumente zur individuellen und wirksamen Arbeitsförderung**

Antwort:

Arbeitsförderung und Arbeitsmarktpolitik ist eigentlich Aufgabe des Bundes, kommunale Beschäftigungspolitik sollte nur nötig sein, um gemäß spezifischer lokaler Bedingungen zu ergänzen.

Was wir brauchen sind:

- *Einfache* Arbeitsförderungsprogramme, die es den Trägern mit angemessenem Aufwand ermöglichen, Anträge zu stellen, die ihrer Klientel – den Langzeitarbeitslosen – entsprechen.
- Zuschussgewährung, die eine *sozialversicherungspflichtige* Beschäftigung beim Träger ermöglicht;
- Den unterschiedlichen Problemlagen – und vor allem den multiplen Problemlagen aus z.B. Alkoholkrankheit oder Abhängigkeit von anderen Drogen, Beziehungsproblemen, Wohnungslosigkeit, Verschuldung – muss ein kompatibles Förderinstrumentarium gegenüber stehen: Leistungen aus dem Rechtskreis des SGB XII müssen zu den Leistungen aus SGB III und SGB II – beim Maßnahmeträger - hinzugefügt werden können, um so auch eine Gesamtbetreuung finanzierbar zu machen.

Das lobenswerte Münchner MBQ springt recht und schlecht in die lückenhafte und rudimentäre Bundesförderung ein – bis hin zu einem freiwilligen kommunalen Finanzierungsanteil beim Jobcenter; durch die vielen Randbedingungen für Förderungen kommen aber immer wieder nur sehr wenige Betroffene wirklich in Betracht, viele Stellen bleiben unbesetzt, da sich einfach

niemand findet, der all die geforderten Kriterien wirklich erfüllt – z.B. beim eigentlich sehr wichtigen 3.Arbeitsmarkt.

2) Bildung, Kinder, Jugend und Familie

- **Die kommunale Bildungslandschaft muss sich konsequent an den Bedürfnissen und Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen orientieren und von diesen partizipativ und inklusiv mitgestaltet werden können.**

Antwort:

Die gesetzlichen Grundlagen für die Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII auf Bundesebene und das BayKiBiG auf Landesebene) müssen von überbordenden bürokratischen Kontrollzwängen befreit werden. Gleiches gilt für die kommunale Ebene: eine „wirkungsorientierte Steuerung“ klingt erst einmal gut, wird dann aber in der Praxis zu einem lebensfernen rein auf quantitative Messzahlen abstellenden Kontroll- und Berichtsmonster. Ebenso wie alle Finanzierungsinstrumente darauf abstellen müssen, dass in der Regel im Rahmen von Ganztages-Konzepten gearbeitet wird, sollen sie – insbesondere dann auf der Ebene der Umsetzungs-Richtlinien nicht z.B. das Gebot der Inklusivität auf den Einbau eines Aufzugs reduzieren. Natürlich ist Barrierefreiheit wichtig, Sehen, Hören und besondere Zuwendung durch auch besonders qualifizierte Lehr- und Erziehungskräfte sind genauso wichtige Aspekte.

Inklusion darf auch nicht zum Sparmodell verkommen: einfach alle in einen Topf, wird schon irgendwie gehen! Die Schlüsselforderung ist daher: ausreichendes und gut auf die neuen – auch sprachlichen – Anforderungen vorbereitetes Personal!

3) Alter

- **Der Gesetzgeber muss Rechtssicherheit herstellen für die Organisation und Finanzierung von haushaltsnahen Diensten für den Personenkreis der älteren, noch nicht pflegebedürftigen sowie für Menschen aus einkommensschwachen Haushalten.**

Antwort:

Die LINKE fordert eine Gute Pflege für alle statt Pflegenotstand. Gute Pflege soll ein verbindliches Recht werden. Wir wollen ein Verständnis von Qualität, das die Arbeitssituation der Pflegenden und den tatsächlichen Betreuungsbedarf der zu Pflegenden in den Mittelpunkt stellt. Pflegeleistungen sollen zu einer Vollversicherung ausgeweitet werden. Das eröffnet die Möglichkeit, in der häuslichen Umgebung gepflegt zu werden und – wenn gewünscht – stärker auf professionelle Pflege zurückzugreifen. Menschen mit Pflegebedarf müssen selbst bestimmen können, wo und wie sie wohnen. Sie brauchen barrierefreie und bezahlbare Wohnangebote. Die Rechte von Menschen mit Pflegebedarf, pflegenden Angehörigen und Beschäftigten in der Pflege wollen wir stärken. Ihre Interessenvertretungen brauchen Antrags- und Stimmrechte in allen gesetzlich vorgeschriebenen Gremien, insbesondere im Qualitätsausschuss auf Bundesebene und in regionalen Pflegekonferenzen.

4) Gesundheit

- **Das Angebot für demenziell Erkrankte in Form von Wohngemeinschaften muss für die Betroffenen finanziell abgesichert werden.**

Antwort:

Gerade „unsere Generation“, die oft schon aus anderen Lebensphasen WG-Erfahrung mitbringt, votiert natürlich gern für WG-Lösungen auch im Alter. Ein gelungenes Beispiel scheint das Altenwohnheim der AWO in Dießen am Ammersee zu sein.

Aber anderen Menschen ist es womöglich ein Graus, „ihr“ Badezimmer mit anderen teilen zu müssen. Das muss respektiert werden.

Demenz ist im Alter immer häufiger und bedarf einer expliziten gesetzlichen Würdigung. Je nach Ausprägung sind Animation – sowohl passiv durch eine ansprechende Umgebung, als auch aktiv durch aktivierende Beschäftigung jenseits von „Zwei-Finger-Gymnastik“ – und ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit entscheidend. Dies muss nicht in vollstationären Umfang erfolgen, auch Tageskliniken für Demenzerkrankte – der/die Erkrankte wird morgens geholt und abends wieder gebracht – können eine adäquate Lösung darstellen. Für alle Varianten braucht es auskömmliche – sowohl für den/die Betroffenen, als auch für den Träger – Finanzierungsformen. Diese Vorsorge und schließlich Pflege kann nicht nur aus Beitragsmitteln finanziert werden, sondern braucht den allgemeinen Steuertopf.

5) Migration, Asyl

- **Die personelle Ausstattung der Asylsozialarbeit muss stabilisiert, die Migrationsberatung personell und finanziell ausgebaut werden. Eine Regelfinanzierung ist dringend erforderlich.**

Antwort:

Die Asylsozialarbeit ist für uns ein absolutes Muss – und sie muss bedarfsgerecht ausgestaltet sein. Der Prozess dessen, was wir Willkommenskultur nennen, darf nicht in irgendeinem Verwaltungsgestrüpp verkommen. Wir wollen schließlich eine inklusive Gesellschaft, dazu müssen die Probleme der jeweils Betroffenen erkannt und aufgegriffen werden und soweit es geht, gemeinsam bewältigt werden.

Bei den Geflüchteten ist auf die besondere Schutzbedürftigkeit von Frauen und Mädchen und die Situation von alleinerziehenden Frauen zu achten. Wir präferieren eigene Unterkünfte für Frauen und Mädchen. Da nahezu alle Geflüchteten traumatisiert sind, Frauen und Mädchen – nach Aussagen des Young Refugee Center – zu fast 80% vergewaltigt wurden, hat die Asylsozialarbeit einen gewaltigen Problembereich zu bewältigen. Aber diese Arbeit stellt die Grundlage dar für die weiteren Schritte, einer kulturell-demokratischen Integration – vor allem die Akzeptanz von „Anderem“ – sprachlicher Fortschritte und möglichst bald einem Hinführen in Schule und Arbeitswelt.

Den Flüchtlingsklassen in den allgemeinbildenden Schulen, insbesondere den Berufsschule bzw. der besonderen Berufsschule zur Berufsintegration gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. So haben wir eine Erhöhung der Verfügungsstunden für Klassenlehrer gefordert, da sie nur so die notwendigen Praktika und deren Begleitung organisieren können. Beratungs- und Integrationsmaßnahmen müssen auf Dauer angelegt sein, damit die Städte und Gemeinden auf künftige Zuflucht suchende Menschen besser vorbereitet sind.

6) Wohnen

- **Der soziale Wohnungsbau muss in den Metropolregionen, wie München, besonderes Augenmerk und Berücksichtigung durch Bundesförderprogramme finden.**

Antwort:

Die LINKE fordert einen Neustart für den sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau und ein grundlegend verbessertes Mietrecht. Dies beinhaltet unter anderem:

- Sozialwohnungen müssen gebaut und angekauft werden – mindestens 250 000 im Jahr – vor allem durch gemeinnützigen kommunalen Wohnungsbau. Dieses Vorhaben wollen wir mit über 5 Milliarden Euro unterstützen. Die Wohnungen bleiben Sozialwohnungen: Öffentlich geförderter Wohnungsbau darf nicht aus der Sozialbindung entlassen werden.
- Wir wollen die »Mietpreisbremse«, die sich für den Schutz der Mieterinnen und Mieter als untauglich erwiesen hat, durch eine echte Mietpreisbremse ersetzen, die flächendeckend, bundesweit, unbefristet und ausnahmslos gilt. Bis zu ihrer Einführung wollen wir ein Moratorium für Mieterhöhungen, d.h. bis dahin werden Mieterhöhungen ausgeschlossen.

- Keine Mieterhöhungen ohne Verbesserungen des Wohnwertes! Vermieter können lediglich den Inflationsausgleich umlegen.
- Der Mietspiegel darf kein Mieterhöhungsspiegel sein. Alle Mieten müssen in die Berechnung einfließen und nicht nur die der letzten vier Jahre. Für Städte ab einer bestimmten Größe werden Mietspiegel verpflichtend. Die Kommunen erhalten hierfür finanzielle Unterstützung durch den Bund.
- Vermieter, die gegen den Mietendeckel verstoßen, müssen bestraft werden. Wir brauchen ein Register, das Transparenz über die bisherige Miete herstellt und den Datenschutz der Mieterinnen und Mieter berücksichtigt. Mietwucher muss endlich wirkungsvoll geahndet werden.
- Wir wollen ein neues Bodenrecht. Ohne eine Bodenpreisdeckelung wird es keine wirksame Mietpreisdeckelung geben. Veräußerungsgewinne aus Bodenpreissteigerungen müssen abgeschöpft und für sozialen, kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau verwendet werden.

7) Steuer- und Finanzpolitik

- **Einführung einer gerechten Steuer- und Finanzpolitik, die Solidarität, Sicherheit und sozialen Frieden in den Städten und Gemeinden Deutschlands gewährleistet**

Antwort:

Die LINKE hat ein Programm für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Es ist nicht unrealistisch. Es ist machbar und wir wissen, wie wir es bezahlen werden. Es ist genug für alle da, wenn alle genug beisteuern. Dazu gehört unter anderem:

- **Vermögen ab einer Million Euro** werden mit fünf Prozent besteuert werden. Die erste Million ist davon freigestellt. Betriebsnotwendiges Vermögen kann bis fünf Millionen freigestellt werden. Wir stellen sicher, dass Privatvermögen nicht in Betriebsvermögen »versteckt« wird und dass Betriebsvermögen in ausländischem Eigentum ebenso besteuert wird wie inländische Eigentümer. Eine solche Vermögensteuer **würde 80 Milliarden Euro Mehreinnahmen** im Jahr bringen.
- **Erbschaftsteuer:** Reichtum wird vererbt – meist ohne dass nennenswerte Steuern bezahlt werden. Gerade die Superreichen können ihre Millionenvermögen in Unternehmensanteilen steuerfrei vererben oder verschenken. Die von der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD beschlossene Reform der Erbschaftsteuer ändert das nicht, im Gegenteil. Wir werden dafür sorgen, dass die Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Wir werden die Erbschaftssteuer auf hohe Erbschaften erhöhen. Normales, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt.
Mehreinnahmen im Jahr: fünf Milliarden Euro.
- Die **Unternehmenssteuern** wurden schon vor Jahren massiv gesenkt. Die Körperschaftsteuer muss wieder auf 25 Prozent erhöht werden. Wir wollen den Wettlauf der Unternehmen um Steuervermeidung unterbinden und drängen auf europaweite Mindestsätze für Unternehmenssteuern. Wir werden sicherstellen, dass Unternehmen und Konzerne sich nicht den Steuern entziehen.
- **Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Subventionsbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen** und somit Steueroasen – auch »Made in Germany« – austrocknen. Dafür wollen wir eine Bundesfinanzpolizei aufbauen und das Personal im Steuervollzug bedarfsgerecht aufstocken. Es ist realistisch, mit einem konsequenteren Steuervollzug und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung in Steueroasen jährlich **etwa 15 Milliarden Euro mehr** einzunehmen.
- Mit einer **Finanztransaktionsteuer** dämmen wir die Spekulationen auf den Finanzmärkten ein. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Die eingenommenen Gelder sollen einerseits für eine nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens und für globalen Klimaschutz und andererseits für den sozial-ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft

genutzt werden. **Jährliche Mehreinnahmen in Deutschland: mindestens 30 Milliarden Euro.**

- Auch die Besteuerung von **Einkommen** wollen wir gerechter machen. Niedrige und mittlere Einkommen wollen wir entlasten. Hohe Einkommen müssen stärker besteuert werden.